

Florence Vuichard

Es ist noch nicht so lange her, da bereitete sich die Schweiz auf einen Winter mit Strommangel vor. Die Geschäfte und Hotels rüsteten ihre Lampen mit LED um, der Bund investierte Millionen in die Notstromreserven und die Bevölkerung legte einen Notvorrat an Kerzen an. Doch letztlich lief alles rund im Winter 2022/23, die mahnenden Worte von Bundesrat Guy Parmelin zur Strommangellage sind vergessen, die Ängste vor dem Blackout verschwunden.

Das Problem jedoch bleibt, wie die Strombranche bei jeder Gelegenheit betont. Insbesondere im Winter drohe der Schweiz mittelfristig eine Stromlücke, warnen ihre Exponenten immer wieder. Doch die Worte bleiben ungehört. Deshalb hat der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) nun einen Stromversorgungs-Index entwickelt. Dieser soll – wie etwa der Konsumentenpreisindex bei der Teuerung – messen, wie gut es um die Versorgungssicherheit der Schweiz bestellt ist, sowie Fortschritte und Rückschläge einfach abbilden.

Die Ergebnisse des jetzt erstmals vorgestellten Stromversorgungs-Indexes bezeichnet der Verband als «besorgniserregend». Statt des Zielwertes von 100 Punkten erreicht der Index für das Jahr 2035 gerade mal 82 Punkte, bis ins Jahr 2050 fällt er gar auf magere 69 Punkte. Der Wert liege im «roten Bereich». In Schulnoten ausgedrückt ist das Resultat schlicht und einfach ungenügend.

Ursachen für das schlechte Abschneiden gibt es mehrere. Vereinfacht lassen sie sich wie folgt zusammenfassen: Die Schweiz baut sowohl ihre Winterstromproduktion wie auch ihre Netzinfrastruktur zu wenig aus. «Wir können nicht so weitermachen wie in den vergangenen zehn Jahren», sagte VSE-Präsident Martin Schwab gestern vor der Presse in Bern. «Sonst riskieren wir unsere Versorgungssicherheit.»

Berechnet wird der Stromversorgungs-Index anhand von



Umringt von Strommasten: Ein Windrad ist eine Seltenheit in der Schweiz. Bild: Keystone

Warnung vor der Stromlücke

Wird es in der Schweiz bald zappenduster? Die Strombranche sagt: Ohne Gegensteuer ganz bestimmt.

fünf Unterindikatoren, die Stand heute für das Jahr 2050 ebenfalls alle den Zielwert verfehlen:

Stromnachfrage: 86 Punkte

Die Stromnachfrage pro Person wird in den kommenden Jahren deutlich steigen, und zwar gemäss VSE mehr als ursprünglich erwartet. Treiber dieser Entwicklung ist die Dekarbonisierung, namentlich bei der Elektromobilität. Hinzu kommt der Bau von neuen Rechenzentren für all die Applikationen von Künstlicher Intelligenz.

Ausbau Erneuerbare: 83 Punkte

Der Ausbau der Grossprojekte verläuft schleppend. Die Alpinsolar-Euphorie ist angesichts der hohen Kosten verflogen, die Produktion aus Wasserkraft stagniert oder ist gar rückläufig. Deutlich verfehlt die Windenergie ihr Ziel: Gemäss Hochrechnungen müssten bis 2050 rund 600 Windanlagen gebaut werden. Derzeit liegen laut VSE allerdings erst rund 200 Projekte vor. Und davon dürfte angesichts des grossen Widerstands von Windenergie-Skeptikern ge-

mäss Schwab nur die Hälfte realisiert werden.

Ausgebaut werden letztlich nur Solaranlagen auf Dächern. Das beschert der Schweiz im Sommer eine Stromüberproduktion, im Winter jedoch viel zu wenig. «Allein mit Solar im Mittelland kann man keine Versorgungssicherheit gewährleisten», sagt Schwab.

Flexibilität: 52 Punkte

Während im Winter der Strom knapp wird, ist er im Sommer im Überfluss vorhanden. Doch dieser lässt sich nur bedingt spei-

chern – etwa mit Hilfe der Speicherseen. Diese liefern heute mit rund 9 Terawattstunden (TWh) Inhalt gemäss VSE einen wesentlichen Beitrag zur Winterproduktion. Mit den am runden Tisch besiegelten 16 Wasserkraftprojekten hätte die Produktion um 2 TWh ausgebaut werden sollen. Doch davon, so die Befürchtungen aus dem Departement von Energieminister Albert Rösti, dürfte wohl nur die Hälfte zustande kommen.

Zusätzliche Stromproduktion: 68 Punkte

Mit dem absehbaren Wegfall der Atomkraftwerke Mitte der 2040er-Jahre spitzt sich die Situation nochmals zu. Die Antwort des VSE auf diese Entwicklung: Der Bund muss den Ausbau der Windenergie forcieren sowie eine Verlängerung der Laufzeiten für die bestehenden Atomkraftwerke und Investitionen in Gaskombikraftwerke prüfen.

Der Verband stellt sich hinter Röstis Plan, das Neubauverbot für AKWs zu streichen. Doch die Versorgungssicherheit bis 2050 werde das nicht beeinflussen, er-

klärt Schwab. Angesichts der Erfahrungswerte, wonach es heute schon 20 Jahre brauche, um einen Windpark zu erstellen, werde der Bau eines neuen Atomkraftwerks noch viel länger dauern.

Netz:

57 Punkte

Besonders schlecht schneidet die Schweiz beim Netz ab. Hier resultiert nur gerade ein Wert von 57 Punkten. Das liegt daran, dass der Netzausbau zu langsam vorwärtskomme, sagt Schwab. «Rund die Hälfte der Projekte verzögert sich.»

Ebenfalls negativ wirkt sich laut VSE der Umstand aus, dass die Schweiz noch immer kein Stromabkommen mit der EU hat. Solange das Abkommen nicht besiegelt sei, werde die Schweiz vom europäischen Strommarkt ausgeschlossen. Das ist weniger ein wirtschaftliches, denn ein technisches Problem, das die Netzstabilität der Schweiz bedroht. Mit einem Stromabkommen würde denn auch der Wert des Subindikators nach oben schnellen.

Der Streit zwischen Trump und Notenbank eskaliert

Das US-Justizministerium hat strafrechtliche Ermittlungen gegen Fed-Chef Jerome Powell eingeleitet. Dieser wehrt sich.

Renzo Ruf, Washington

Das gab es in der 112 Jahre alten Geschichte der amerikanischen Notenbank noch nie: Das Justizministerium hat strafrechtliche Ermittlungen gegen den Fed-Chef aufgenommen. Diese Untersuchung steht im Zusammenhang mit Jerome Powells Auftritt vor einem Senatsausschuss im vorigen Juni, wie er selbst am Sonntag bekannt gab. Angeblich solle er dabei wissentlich die Unwahrheit über die Kostenexplosion beim Umbau des Fed-Hauptsitzes in Washington gesagt haben, die vom Weissen Haus seit Monaten scharf kritisiert wird.

In einer Videobotschaft wies Powell diesen Vorwurf allerdings zurück. Er nannte die offizielle Begründung für die Untersuchung, die von der Staaten-



Im vergangenen Sommer besuchte Präsident Donald Trump den Fed-Hauptsitz in Washington. Jerome Powell, oberster Notenbanker der USA, zeigte ihm die Baustelle. Bild: Julia Demaree Nikhinson/AP

wältin Jeanine Pirro genehmigt worden war, einen Vorwand. Präsident Donald Trump gehe es vielmehr darum, «Druck» auf

die politisch unabhängige Notenbank auszuüben – weil Trump schon lange der Meinung ist, dass die Federal Reserve den

Leitzins aggressiver senken müsse.

Eine Mehrheit des geldpolitischen Gremiums der Notenbank, das seit fast acht Jahren von Powell präsiert wird, weigerte sich aber in den vergangenen Monaten beharrlich, diesem Druck nachzugeben. Man halte an der Praxis fest, das Zinsniveau, «basierend auf unseren besten Einschätzungen», auf einem Niveau festzulegen, «das der Öffentlichkeit dient», anstatt den Präferenzen des Präsidenten zu folgen, sagte der Fed-Chef dazu.

Powells Amtszeit läuft im Mai ab

An der Eskalation im Machtkampf um die Federal Reserve erstaunt vor allem der Zeitpunkt. Die Amtszeit von Powell als Fed-Chef läuft im Mai ab;

Trump hat kürzlich bekanntgegeben, dass er bald schon den Namen des Nachfolgers publik machen werde. Dieser muss dann noch vom Senat bestätigt werden. Der Präsident hätte also einfach warten können, bis Powell seinen Rücktritt bekannt gibt oder sich zumindest in die zweite Reihe zurückzieht. Theoretisch könnte er als einfaches Mitglied des Fed-Leitungsgremiums bis im Januar 2028 weiterarbeiten. Das gilt aber als unwahrscheinlich.

Mit der Intervention des Justizministeriums wirft Trump dem Fed-Chef nun aber den Fehdehandschuh zu. Bereits im vorigen Jahr hatte der Präsident versucht, die Fed-Gouverneurin Lisa Cook zu feuern; sie wehrte sich mit rechtlichen Mitteln dagegen. Der Supreme Court, das höchste Gericht im Lande, wird

sich noch in diesem Monat mit dem Fall beschäftigen.

Die Renovation des Fed-Hauptsitzes in der Nähe des Weissen Hauses begann vor vier Jahren; angeblich wurde das (grosszügige) Budget bereits um 700 Millionen Dollar überzogen. Trump warf dem Fed-Chef deshalb in den vergangenen Monaten immer wieder Verschwendung und Inkompetenz vor. Auch beleidigte der Präsident den Fed-Chef – den er notabene selbst, während seiner ersten Amtszeit nominiert hatte – in immer unflätigeren Worten.

Powell wies diese Anschuldigungen zurück. Er sagte, die Mehrkosten liessen sich mit den komplexen Sanierungsarbeiten begründen. Und er habe den Kongress, der die Arbeit der Notenbank überwacht, stets informiert.